

# sozialdemokratischer pressediens

P/XXVIII/118  
25. Juni 1973

Grüße an einen gern gesehenen Gast

---

Zum Besuch des rumänischen Staatsratsvorsitzen-  
den Nicolae Ceausescu.

Von Günter Jaschke MdB  
Stellv. Vorsitzender der deutsch-rumänischen  
Parlamentariergruppe

Seite 1 und 2 / 77 Zeilen

Ein Zerrbild fällt auf den Urheber zurück

---

Spricht das "Industrieinstitut" immer noch  
für die Unternehmer?

Von Peter Neuschenbach MdB  
Mitglied des Bundestagsausschusses für  
Wirtschaft

Seite 3 und 4 / 81 Zeilen

Bedrückend und peinlich

---

Anmerkungen zum Axel-Springer-Dienst

Von Wolfgang Jansen  
Sprecher der Bundestagsfraktion der SPD

Seite 5 und 6 / 56 Zeilen

Grüße an einen gern gesehenen Gast

Zum Besuch des rumänischen Staatsratsvorsitzenden Nicolae Ceausescu

Von Günter Jaschke MdB

Stellv. Vorsitzender der deutsch-rumänischen Parlamentariergruppe

Am 26. Juni besucht der Staatsratsvorsitzende der Sozialistischen Republik Rumänien, Nicolae Ceausescu, die Bundesrepublik Deutschland und erwidert damit den Besuch des Bundespräsidenten Dr. Dr. Gustav W. Heinemann im Jahre 1971 in Rumänien. Er ist das erste Staatsoberhaupt eines Ostblockstaates, das zu uns kommt. Rumänien war nach der UdSSR auch das erste Land, das bereits 1967 diplomatische Beziehungen mit der Bundesrepublik aufnahm, zu einer Zeit also, zu der ein solcher Schritt von den anderen Partnerstaaten, vor allem der UdSSR, als zumindest eigenwillig angesehen wurde.

Ceausescu hat außenpolitisch die Linie Gheorghio-Dejs verstärkt fortgesetzt und versucht, bilaterale Verträge auch mit Staaten der westlichen Welt oder auch mit China zu schließen, um sich außenpolitisch mehr Spielraum zu verschaffen. Das hat oft zu Spannungen mit anderen Ostblockstaaten geführt, die ihren Höhepunkt beim Einmarsch der Sowjets in die Tschechoslowakei erreichten, denn Rumänien hat sich an diesem Einmarsch nicht nur nicht beteiligt, sondern ihn scharf verurteilt.

Was bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien kaum jemand zu hoffen gewagt hat, ist nun eingetreten. Statt des damaligen weltweiten Gegeneinanders zwischen Ost und West kommt es nun - vor allem dank der Entspannungspolitik des Bundeskanzlers Willy Brandt - Schritt um Schritt zu mehr gegenseitigen Verstehen und letztlich zu einem Miteinander. Der Besuch Ceausescus in Bonn dient dazu, einen weiteren Schritt in dieser Richtung zu tun. Ich meine, es wird ein großer Schritt werden.

Was wird von diesem Besuch erwartet? In erster Linie sind es sicherlich wirtschaftliche Themen, die in den Gesprächen eine Rolle spielen werden. Denn trotz aller gewaltiger Anstrengungen, um aus dem bisherigen Agrarland einen Industriestaat zu entwickeln, sind die Fortschritte in Rumänien noch nicht ausreichend genug.

Rumänien braucht Kapital für Investitionen. Es hat deshalb im vorigen Jahr ein Gesetz erlassen, das private Investitionen ausländischer Industriefirmen zulässt und begünstigt. Es soll Kooperationen ausländischer mit rumänischen Firmen auf der Basis 51 vH. rumänischen und 49 vH. ausländischen Kapitals ermöglichen. Eigentum und Gewinne werden geschützt. Rumänien möchte aber darüber hinaus wie ein Entwicklungsland behandelt werden und zinsverbilligte Kredite der Bundesrepublik erhalten. Solche Investitionshilfen mit gleichgünstigen Konditionen können zurzeit aber nur dann gegeben werden, wenn eine Anerkennung durch die UNO oder die OECD erfolgt ist. Rumänien strebt an, auch ohne eine solche Anerkennung bilateral von der Bundesrepublik mit Hilfe der als-ob-"Theorie" einbezogen zu werden. Sicherlich wird sich ein für beide Staaten gangbarer Weg finden.

Ein dichtgedrängtes Arbeitsprogramm erwartet Ceausescu, denn ebenso wichtig wie die Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen sind die Verstärkung der Bemühungen um den Austausch technologischer Erkenntnisse, den weiteren Ausbau des Tourismus (nicht nur an der Küste) sowie des Kultur- und Jugendaustausches. Eine Reihe von Abkommen und Verträgen sind vorbereitet, die sich unter anderem auf die Gebiete Kultur, Wissenschaft, Doppelbesteuerung und Sozialversicherung beziehen. Auch Fragen des Umweltschutzes, der Agrarforschung, des Gesundheitswesens und Presse-, Rundfunk- und Fernsehwesens werden auf eine vertragliche Grundlage gestellt werden. Bei dem Besuch einer deutschen Parlamentarier-Delegation unter Führung der Bundestagspräsidentin Annemarie Renger im Mai in Rumänien war bei Gesprächen mit Nicolae Ceausescu und mit dem Außenminister George Macovescu zu erkennen, daß Rumänien bei Abschluß der vorgesehenen Verträge (auch wieder als erstes Ostblockland) ohne weiteres die Berlinklausel akzeptieren wird. Gleiche Meinungen und Interessen bestehen bei den KSCE-MEFR-Fragen. Das gegenseitige Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Rumänien hat sich seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen laufend verbessert. Die Bundesrepublik ist - nach der UdSSR - schon jetzt der zweitgrößte Handelspartner Rumäniens.

Der Besuch Ceausescus wird dazu beitragen, die gegenseitigen Beziehungen weiter zu verbessern und zu vertiefen. Ihm gebührt Dank für den mutigen Schritt, den er damals getan hat: Wir haben das nicht vergessen. Er ist bei uns ein gern gesehener Gast, den wir herzlich begrüßen werden. Dieser Besuch wird aber auch dazu dienen, den Frieden und die Verständigung zwischen unseren Staaten und Völkern weiterhin zu stärken und zu verbessern.  
(-/25.6.1973/bgy/ex)

+ + +

Ein Zerrbild fällt auf den Urheber zurück

Spricht das "Industrieinstitut" immer noch für die Unternehmer?

Von Peter Reuschenbach MdB

Mitglied des Bundestagswirtschaftsausschusses

Eine Analyse der "SPD nach Hannover" nennt das Deutsche Industrieinstitut (DII) eine Schrift, die es in diesen Tagen verbreitet. Tatsächlich handelt es sich um ein Pamphlet, gespickt mit Verdrehungen und Verdächtigungen, also eine Streitschrift, die in Wirklichkeit geeignet ist, den Werbeetat der CDU und der CSU zu entlasten.

Unübersehbar ist das Bedauern der Verfasser, daß es in Hannover nicht zum Bruch in der SPD gekommen ist. Dazu habe vor allem der DGB-Vorsitzende beigetragen, der "eindringlich vor der vom linken Partei- und Gewerkschaftsflügel vertretenen Wachstumsfeindlichkeit" gewarnt und so mit einem "taktisch geschickt abgestimmten Verhalten eine enorme Entlastung für den Parteivorstand" herbeigeführt habe. Merkwürdigerweise folgt diesem Deutungsversuch wenige Zeilen später die widersprüchliche Annahme, lediglich die "Atmosphäre der Hektik und der Unüberschaubarkeit" habe den Parteivorstand in die Lage versetzt, "den von vielen (natürlich besonders vom DII/D.V.) erwarteten Eklat zu vermeiden".

Die Verfasser wollen eine Auseinandersetzung um die Grundfragen sozialdemokratischer Politik nicht bemerkt haben. Die Referate von Willy Brandt und Helmut Schmidt in den Arbeitsgemeinschaften sowie die dazugehörigen Diskussionen und klaren Mehrheitsentscheidungen scheinen ihnen entgangen zu sein. Das bezeichnen die Verfasser lediglich als taktisch bestimmte Kompromißformeln. Ein "zuweilen klärender Eklat" hätte ihnen sicher besser ins Konzept gepaßt.

Mit unverhohlenem Mißvergnügen wird in der DII-Broschüre festgestellt, daß die Diskussion über den "Orientierungsrahmen '85" in der Öffentlichkeit eine "relativ bescheidene Rolle" gespielt habe, obwohl sie doch so bedeutsam für "unsere freiheitliche Gesellschaftsordnung" sei. Die neue Kommission wird Mühe haben, den Prophezeiungen des DII gerecht zu werden, wonach der "zweite Entwurf des Orientierungsrahmens in der Tat zur Magna Charta einer sozialistischen Ordnungs- und Gesellschaftspolitik für die Bundesrepublik Deutschland" werden könnten.

Ganz besonders "bedenklich" erscheint den DII-Autoren, daß "unter der attraktiven Flagge der Verbesserung der Lebensquali-

tät" Teile der Unternehmerschaft des Klassenkampfes von oben und der Reformverhinderung bezichtigt werden. Es sei "absurd, der Unternehmerschaft eine solche Verweigerungsrolle anzudichten". Vielmehr sei die "innere Heterogenisierung in der SPD schon so weit fortgeschritten, daß sie ohne ein plakatives Feindbild die formale Einheit der Partei nicht mehr aufrecht-erhalten kann". So sieht der amüsierte Beobachter plötzlich, daß sich die verkannte Unternehmerschaft als Retter der Einheit der SPD feiert. Es ist schon erstaunlich, daß außer dem DII bisher niemand die segensreiche Wirkung eines sozial-reaktionären Verhaltens der Unternehmerschaft für die fortschrittliche Entwicklung unserer Sozialordnung und die Stabilität der SPD erkannt und gewürdigt hat.

Die Reform des Bodenrechts, die Beteiligung der Arbeitnehmer am wachsenden Produktivvermögen und Überlegungen zur Lenkung von Investitionen; das führe, so wehklagt die DII-Broschüre, u.a. "zur Entmündigung des frei entscheidenden Bürgers, zu grandioser Verschwendung von Ressourcen, zu schwerwiegenden Versorgungsschwierigkeiten und zu Beschäftigungsgefahren". Brandt, Schmidt, Vogel und Hesselbach: sie alle sind nach dem DII auf dem Weg, "unter dem Deckmantel Machtkontrolle und Erhöhung der Lebensqualität die gesamte Volkswirtschaft ... in einen erstickenden Würgegriff" zu nehmen.

So deutlich haben es führende Politiker der CDU bisher selten formuliert. Zu den herausragenden Parallelen gehört aber ganz zweifellos der heutige CDU-Generalsekretär Prof. K.H. Biedenkopf. In seinem Beitrag "Eine Volksfront in der SPD", mit dem er sich schon am 11. Mai für seine neue Aufgabe empfahl, verstieg sich der Mitbestimmungsgegner zu der Behauptung, daß die SPD unfähig sei, "eine freiheitliche Gesellschaft mit freiheitlichen Mitteln zu regieren".

Die unheilige Allianz zwischen Industrie und CDU/CSU ist also um eine neue Station erweitert worden: Nicht nur zur Freude reformwilliger Teile der CDU, nicht zum Vorteil des Images deutscher Unternehmer in der Öffentlichkeit, aber auch nicht zum Nachteil der SPD, die in der Schrift des DII als ein Zerrbild ihrer selbst gezeichnet wird. Zerrbilder haben nämlich die Eigenschaft, die Glaubwürdigkeit ihrer Urheber zu mindern.

Das organisierte Unternehmertum sollte endlich begreifen, daß seine im Kampf gegen die SPD und die sozialliberale Regierung ständig wiederholten "Weltuntergangsankündigungen" zur Unfähigkeit führen, sich mit den gesellschaftspolitischen Entwicklungen sachgerecht, wenn auch kritisch auseinanderzusetzen.

(-/25.6.1973/bgy/ex)

+ + +

Bedrückend und peinlich

Anmerkungen zum Axel-Springer-Dienst

Von Wolfgang Jansen

Sprecher der Bundestagsfraktion der SPD

Als Axel Cäsar Springer einen eigenen Nachrichtendienst begründete, mag mancher dies als journalistische Tat in Richtung auf eine zusätzliche Aufklärung der Öffentlichkeit gewertet und sich ein höheres Maß an Information davon erhofft haben. Wer solche Hoffnungen gehabt hat, sieht sich in zunehmendem Maße enttäuscht.

So fragte der Springer-Dienst in der vergangenen Woche bei der Pressestelle der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion an, ob ihr Parlamentarischer Geschäftsführer Karl Wienand an einem bestimmten Tag des vergangenen Jahres zur Leipziger Messe gereist sei. Er erhielt die bündige und durch zahlreiche Zeugnisaussagen belegbare Auskunft, daß Wienand an jenem Tage - dem Todestage seines Freundes Horst Bosse - im Bonner Bundeshaus und daher mitnichten auf dem Wege nach Leipzig gewesen sei. Statt diese Auskunft in ihrem Bericht widerzugeben, wird in der Darstellung von ASD der Verdacht genährt, Wienand sei gleichwohl an jenem Tage in der DDR gewesen: eine wider besseres Wissen aufgestellte Verdächtigung.

Nicht anders ist in der von der "Welt am Sonntag" wiedergegebenen, sensationell aufgemachten Meldung des gleichen Dienstes über den FDP-Abg. Karl Geldner enthalten. Es heißt dort: "Als seine Übertrittsabsichten vorzeitig bekannt wurden..." Schon nach diesem Halbsatz ist Einspruch anzumelden, denn

die angeblichen Übertrittsabsichten wurden nicht vorzeitig bekannt, die Öffentlichkeit erfuhr von ihnen vielmehr durch eine in Nürnberg abgehaltene Pressekonferenz der CSU-Politiker Strauß und Stücklen am Freitag, den 13. November 1970, gegen 13.15 Uhr.

Der ASD fährt fort: "... hatte Geldner damals" - also zum Zeitpunkt des angeblichen "vorzeitigen" Bekanntwerdens - "erklärt, er habe nur zum Schein zur CSU gehen wollen, um Abwerbungsmethoden der CSU aufzudecken." Richtig ist, daß Geldner selbst am 14. Oktober 1970 die Fraktionsvorsitzenden Wehner und Mischnick von dem am gleichen Tag vorhergegangenen Abwerbungsversuch des CSU-Abg. Ehnes während eines Gesprächs im Plenum des Deutschen Bundestages in Kenntnis gesetzt hatte und daß dabei der Plan gefaßt worden war, die CSU durch scheinbares Eingehen auf die Abwerbungsversuche zu überführen. Richtig ist ferner, daß Geldner am 12. November, also am Tage vor der Bekanntgabe des angeblichen Übertritts, um 9.30 Uhr und etwa neun Stunden vor der Schein-Unterzeichnung der Übertrittsdokumente bei dem Bonner Rechtsanwalt und Notar Dr. Dumoulin eine Erklärung hinterlegte, in der er seine Absichten mit Begründung schriftlich vermerkt hatte. Dieses Dokument ist später veröffentlicht worden.

Die hier verzeichneten Vorfälle zwingen zu der Frage, ob der Springer-Dienst entweder die sonst allgemein zugänglichen Unterlagen erstaunlicherweise nicht zur Hand hatte oder ob einfach nur der Versuch unternommen worden ist, statt objektive Information zu geben bloße Emotionen zu wecken. Auf jeden Fall kann die Antwort nur bedrückend und peinlich sein.

(-/25.6.1973/bgy/ex)